Unternehmensrecht

Unternehmer

= jede Person, die ein Unternehmen betreibt

Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Sparkassen usw.

Unternehmer kraft Rechtsform § 2UGB)

Personen, die
- (i) zu Unrecht ins Firmenbuch eingetragen sind und
- (ii) unter ihrer Firma handeln, gelten als Unternehmer kraft Eintragung.

Unternehmer kraft (unzulässiger) Firmenbucheintragung (§ 3 UGB)

weitere Tatbestände, die zur Unternehmereigenschaft führen (selbst wenn kein Unternehmen betrieben wird)

Unternehmen

= Rechtsobjekt

= jede
- [auf Dauer angelegte]
- [Organisation]
- [selbständiger]
- [wirtschaftlicher Tätigkeit], mag sie auch nicht auf Gewinn gerichtet sein (vgl. § 1 Abs 2 UGB)

[Organisation] (sstruktur) - planmäßiger Einsatz materieller und immaterieller Mittel. Es bedarf hierbei eins gewissen Organisationsgrades.

[auf Dauer angelegte] unternehmerische Tätigkeit - planmäßige Absicht, eine kontinuierliche, auf eine Vielzahl von Geschäften gerichtete Tätigkeit auszuüben. Ausgeschlossen ist die Dauerhaftigkeit dann, wenn etwa bloße Gelegenheitsgeschäfte abgeschlossen werden.

[selbständige Tätigkeit] - Tätigkeit auf eigene Rechnung und auf eigenes Risiko; der Unternehmer trägt das Unternehmerwagnis (im Unterschied zum Arbeitnehmer)

[wirtschaftliche Tätigkeit] - entgeltliches Anbieten wirtschaftlich „wertvoller" Waren oder Dienstleitungen auf einem Markt.

Betriebsmittel

Planund & Umsetzung des unternehmerischen Ziels

Zusammenwirken der Beteiligten

subjektive Elemente

objektive Elemente

organisatorische Elemente

finden sich

Firmenbuch

zentrale DB im Bundesrechenzentrum
- Neuanmeldung
- Vergabe einer für ganz Ö einheitliche fortlaufende **Firmenbuchnummer**

die für alle ersichtlichen Eintragungen (Firma, Sitz, Vertretungsbefugnis etc.)

jene Dokumente, aufgrund derer die Eintragung in das Hauptbuch erfolgt (zB Jahresabschlüsse, Gesellschaftsverträge etc.)

nimmt auf

im ... erfolgen

eingerichtet als

Hauptbuch

elektronisch geführt

Urkundensammlung

besteht aus {

soll sichern

dient daher

Unternehmer[publizität]

gibt

Publizität | wesentliche Informationen über potenziellen Geschäftspartner via **Auszug**

öffentlich | jedermann darf durch einen "Ausdruck eines Firmenbuchauszuges" in das Firmenbuch einsehen

= öffentliches Verzeichnis (Register)

über

bestimmte, **für den Geschäftsverkehr wichtige Tatsachen**

Gerichten

geführt von

der Verzeichnung und Offenlegung von **Tatsachen**, die nach FBG oder nach sonstigen gesetzlichen Vorschriften einzutragen sind

- grds. keine Verpflichtung
  - bis zu einer bestimmten (in §8 UGB) normierten Umsatzschwelle
- dann verpflichtet, wenn rechnungslegungspflichtig
  - Pflicht zur Rechnungslegung besteht gemäß §189 UGB, ab Umsatz von 700.000€ in 2 aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren, grds. ab dem zweitfolgenden Geschäftsjahr

- nach **§15 Abs 2 UGB** muss ein Dritter Tatsachen, die eingetragen sind, gegen sich gelten lassen. Der Dritte kann sich somit nicht darauf berufen, dass er die Tatsache nicht kannte.
  - Bsp: Im Firmenbuch ist A als Prokurist eingetragen. B kann sich nicht darauf berufen, dass er nicht wusste, dass A Prokurist ist.

Eintragungen

Eintragungspflicht für Einzelunternehmer

- in §15 wird die Publizitätswirkung von Eintragungen ins Firmenbuch festgelegt.

Publizitätswirkung der Eintragung

positive Publizität

negative Publizität

- Es gilt gem **§15 Abs 1 UGB**, dass Tatsachen, die nicht eingetragen sind, von der Person, die die Tatsache eintragen hätte müssen, einem Dritten nicht entgegengehalten werden kann. Davon ausgenommen sind Tatsachen, die dem Dritten bekannt waren.
  - Bsp: A ist im Firmenbuch bei B als Prokurist eingetragen, B hat die Prokura aber widerrufen. Da die Eintragung der Prokura nur deklarativ ist, hat A von nun an keine Prokura mehr.
    - B hätte die Eintragung löschen müssen, hat dies aber nicht getan.
    - Schließt nun A dennoch ein Geschäft mit C im Namen des B ab, so kann sich B nicht auf die mangelnde Vertretungsbefugnis berufen.
    - Wusste C jedoch, dass A kein Prokurist mehr ist, greift die Ausnahme nicht.

eintragungspflichtige Tatsachen

freiwillige einzutragende Tatsachen

z.B.
- Eintragung eines Prokuristen
- Eintragung einer GmbH

z.B.
- Eintragung eines Einzelunternehmens (sofern bestimmte Umsatzschwelle nicht überschritten)
- Eintragung eines Freiberuflers

Unterscheidung je nach Art ihrer Wirkung

konstitutive Eintragungen

- hierbei entsteht das Recht bzw. das Rechtsverhältnis erst mit der Eintragung in das Firmenbuch -> Eintragung ist **rechtsbegründend**
- Vor der Eintragung besteht das Recht nicht
- z.B. Eintragung von Gesellschaften wie der OG, KG oder GmbH

deklarative Eintragungen

- besteht das Recht oder Rechtsverhältnis auch ohne Firmenbucheintragung
- hat nur rechtsbezeugenden Charakter
- z.B. Eintragung einer Prokura oder die Beendigung der Geschäftsführung bei der GmbH

Firma

Kennzeichnung

- geeignete **Kennzeichnung** des Unternehmens
- dadurch wird die Namensfunktion der Firma deutlich, da Buchstabenfolge der Firma ein aussprechbares Wort ergeben muss
- dient der Kennzeichnung des Rechtsträgers und bezweckt daher die Individualisierung einer Rechtsperson

Wahl

- => bedeutend: Firma nicht dazu geeignet ist, angesprochene Verkehrskreise in die Irre zu führen

Unterscheidungskraft

- dann, wenn sie dazu geeignet ist, eine Assoziation mit einem bestimmten Unternehmen zu wecken
- Wahl eines generischen Firmenwortlauts, die bloß die Gattung bezeichnen (z.B. Autohandel GmbH) ist unzulässig
- um eine Verwechslungsgefahr mit anderen Firmen auszuschließen

Rechtsform

- zwingend vorgesehen: Firma mit **Zusatz über die Rechtsform** des Unternehmens versehen
  - z.B. "eingetragener Unternehmer (e.U.), offene Gesellschaft (OG) (vgl § 19 Abs 1 UGB)

Enstehung

- mit der Registrierung im Firmenbuch
- Eintrag der Firma hat konstitutive Wirkung (§ 17 Abs 1 UGB)

Erlöschung

- es bestehen keine expliziten gesetzlichen Regelungen
- erlischt jedenfalls mit Untergang des Unternehmens/dauernder Unternehmenseinstellung

Grundsätze d. Firmenrechts

Kennzeichnungsfunktion und Unterscheidungskraft

Firmenausschließlichkeit

Nach § 29 Abs 1 UGB muss jede neue Firma sich von allen an demselben Orte oder in derselben Gemeinde bereits bestehenden und in das Firmenbuch eingetragenen Firmen **deutlich unterscheiden**.
- => soll gewährleisten, dass es zu keiner Verwechslung von neuen mit bereits eingetragenen Firmen kommt.
- => ist lediglich auf denselben Ort bzw. dieselbe politische Gemeinde beschränkt.

Firmenwahrheit und Firmenkontinuität

- besagt, dass eine Firma nicht täuschen darf und Irreführungen des Publikums vermeiden muss.
- Konkret besagt § 18 Abs. 2 Satz 1 UGB, dass die Firma keine Angaben enthalten darf, die geeignet sind, über geschäftliche Verhältnisse, die für die angesprochenen Verkehrskreise wesentlich sind, irrezuführen.

Firmenöffentlichkeit und Firmeneinheit

- besagt, dass der „Firmenkern" auch dann beibehalten werden darf, wenn sich maßgebliche Verhältnisse geändert haben

für ein Unternehmen grundsätzlich nur eine Firma geführt werden darf, also grundsätzlich lediglich eine Firma je Unternehmen möglich ist.

- damit soll zum Ausdruck kommen, dass die Firma
  - als Bezeichnung des Unternehmensträgers
  - wirtschaftliche Interessen dessen und
  - jene der übrigen Marktteilnehmer und der Allgemeinheit berührt.
- Deshalb sollen die relevanten Umstände für die interessierten Kreise verfügbar gemacht werden (was durch das Firmenbuch geschieht).

- umgangssprachlicher Gebrauch ~ Name des Unternehmens
- im rechtlichen Kontext ~ als Name dessen, der das Unternehmen betreibt
- => daher: kein Zusammenhang, die Firma mit dem Unternehmen oder dem Betrieb gleich zu setzen
- = jener Name, der Unternehmen und -sträger miteinander verbindet
  - Bsp: Die „Sonnenschein Betriebs GmbH" betreibt eine Fabrik, in der Solaranlagen hergestellt werden. „Sonnenschein Betriebs GmbH" ist die Firma. Der Unternehmer ist die Sonnenschein Betriebs GmbH, der diese Firma führt.

Rechtsquellen

für Unternehmer besteht grds. geringere Schutzbedürftigkeit, da viele Geschäfte abgeschlossen werden

Bei speziellen Sonderregelungen > Bestimmungen des Unternehmensrecht hat Vorrang

für Unternehmen gilt auch "allgemeines bürgerliche Recht nach ABGB"

Wozu allgemein?

Bedürfnis nach einfacher und rascher Abwicklung von Geschäften

erhöhter Vertrauensschutz, Beteiligte müssen auf bestimmte Umstände vertrauen können.

= Sonderprivatrecht

div. weitere Gesetze wie Aktiengesetz, GmbH-Gesetz, Genossenschaftsgesetz

UGB = Unternehmensgesetzbuch

diese unterliegen einzelnen Bestimmungen

(Ärzte, Künstler, Ziviltechniker , Notare, Rechtsanwälte, usw.)

freie Berufe

Land- und Forstwirte

können sich freiwillig ins Firmenbuch eintragen lassen => dadurch sich der Anwendbarkeit des **gesamten UGB** unterwerfen

ebenso unterliegen

alle (auch kleine) Unternehmen, unabhängig davon, ob sie im Firmenbuch eingetragen wurden oder nicht

Gebräuche im Geschäftsverkehr

unter Unternehmern ist bei der Auslegung unklarer Vertragsformulierungen auf die im Geschäftsverkehr geltenden Gewohnheiten und Gebräuche Bedacht zu nehmen.

z.B. „frei Haus" oder „frei Baustelle", dass die Ware an den Bestimmungsort zu liefern und dort auch abzuladen ist, ohne dass der Käufer mithelfen muss.

Besonderheiten bei unternehmensbezogenen Geschäften

UGB enthält Sondervorschriften im unternehmerischen Geschäftsverkehr.

Ein Vertragspartner ist Unternehmer (B2C)

einseitig

Beide Vertragspartner sind Unternehmer (B2B)

zweiseitig

- **unternehmensbezogene Geschäfte**
  - = Rechtsgeschäfte, die zum Betrieb des Unternehmens gehören
    - immer der Fall:
      - bei Unternehmen gemäß §2 UGB
      - Juristischen Personen des öffentlichen Rechts
  - ≠ Privatgeschäfte des Unternehmers

Vorbereitungshandlung

- gelten noch nicht als unternehmensbezogen.
- = sämtliche Rechtsgeschäfte, die von einer natürlichen Person vor Aufnahme des Betriebs zur Schaffung der Voraussetzungen abgeschlossen werden.
- Um diesen schutzwürdigen Personen entgegenzukommen, ist eine „Schonfrist" vorgesehen.
  - zB Die Jungunternehmerin I hat gerade ihre Ausbildung zur Barista abgeschlossen und möchte ein kleines Kaffeehaus eröffnen. Vor der Eröffnung kauft Isabella bereits Tassen, Löffel, Gläser und sonstiges Inventar. Hierbei handelt es sich um ein typisches Vorbereitungsgeschäft, das noch nicht als unternehmensbezogenes Geschäft gilt.

Schadenersatzrechtliche Sonderbestimmungen

Entgeltvermutung

- Unternehmer haben für die Sorgfalt eines (durchschnittl.) Unternehmens einzustehen (§ 347 UGB)
- Sorgfalt wird somit objektiv geprüft => bedeutet:
  - eine Verschärfung des Sorgfaltsmaßstabes
  - Unternehmer kann sich nicht darauf berufen, dass er mangels Kenntnissen und Fähigkeiten nicht in der Lage war, diese Sorgfalt einzuhalten
  - zB Ein Arzt muss für die Fähigkeiten einstehen, die ein ordentlicher Arzt hat, er muss somit nach den allgemein anerkannten Regeln der Kunst vorgehen. Tut er dies nicht, trifft ihn ein Verschulden, da er sich nicht darauf berufen kann, die Regeln der Kunst nicht zu kennen.
- Zudem schließt die Schadenersatzpflicht bei jedem Grad des Verschuldens den entgangenen Gewinn ein (§ 349 UGB).

Sonstiges

Unter Unternehmern gilt ein gesetzlicher Verzugszinssatz von 9.2 % über dem Basiszinssatz (§ 456 UGB).

Eine Leistung kann nur während der gewöhnlichen Geschäftszeiten (Branchenüblichkeit) erbracht und gefordert werden.

Gewährleistung im unternehmerischen Geschäftsverkehr (Mängelrüge)

- **zweiseitig unternehmensbezogenen Geschäften** gilt:
  - Käufer einer Ware ist verpflichtet,
  - die Ware nach Ablieferung zu **untersuchen** (**unverzüglich**) und
  - binnen angemessener Frist
  - dem Verkäufer festgestellte Mängel **mitzuteilen** (sog **Mängelrüge**).
- Mangel nicht gerügt, verliert der Betreffende seine Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche
- Bei der Regelung handelt es sich um dispositives Recht, d.h. es kann vertraglich verschärft (z.B. vertragliche Festlegung einer schriftlichen Rügepflicht) oder ausgeschlossen werden.
- Ablieferung gilt der Zeitpunkt, ab dem der Käufer faktische Möglichkeit hat, die Ware zu untersuchen.

Untersuchung

- Allg: Vereinbarung eines Entgelt = notwendiger Vertragsbestandteil
- Gemäß § 354 UGB gilt: Unternehmensbezogene Geschäfte sind entgeltlich, angemessenes Entgelt, soferne nicht Unentgeltlichkeit vereinbart wurde (§ 354 Abs 1 UGB).
- Die Angemessenheit orientiert sich an den Marktverhältnissen.
  - Bsp Der Baumeister G bestellt von der Architektin H ein Gutachten über die Möglichkeit einer Errichtung eines Flachdachs. Ein Entgelt wurde nicht vereinbart. H übermittelt das Gutachten eine Woche später samt einer „saftigen" Rechnung in Höhe von €5.000. Üblich wäre eine Rechnung iHv rund € 2.500. Da kein Entgelt vereinbart wurde, greift § 354 UGB, dh das marktübliche Entgelt von € 2.500 ist vereinbart.

Arten von Rüge

- keine bestimmte Form vorgesehen
- kann schriftlich oder mündlich erfolgen
- Rüge muss hinreichend substantiiert sein => Mangel genau bezeichnen

Erteilung

- erfolgt durch eine ausdrückliche Willenserklärung (schriftlich oder mündlich)
- ist verpflichtend im Fimenbuch einzutragen <- Eintrag von deklarativer Wirkung

bestimmte Geschäfte dürfen nicht vom Prokuristen abgeschlossen werden

Übertragung der Prokura (§ 52 Abs 2 UGB)

Veräußerung und Belastung von Grundstücken (außer es wurde eine „Immobilarklausel" vereinbart)

Grundlagengeschäfte
- = Geschäfte, die die Existenz des Unternehmens betreffen
- (zB Löschung und Änderung der Firma)

Prinzipalgeschäfte
- = Geschäfte, die vom Unternehmer lt Gesetz selbst vorzunehmen sind (zB Unterzeichnung des Jahresabschlusses, Erteilung der Prokura)

Privatgeschäfte des Unternehmers
- = Vertretungsmacht beschränkt sich auf Geschäfte, die zum Betrieb des Unternehmens gehören - eigene Vollmacht für Privatgeschäfte erforderlich

Prokura

- kann **nur** von einem in das Firmenbuch eingetragenen Unternehmer erteilt werden.
  - Firmenbucheintragung als zwingende Voraussetzung für die Erteilung.
- = Formalvollmacht - berechtigt zu allen Arten von gerichtlichen und außergerichtlichen Geschäften und Rechtshandlungen, die der Betrieb eines Unternehmens mit sich bringt.
- Es bedarf somit keiner weiteren Vollmachten mehr, sobald eine Person zum Prokuristen ernannt wurde.

- **wesentlich** für das **Vertrauen im Geschäftsverkehr**:
  - Prokura einem **Dritten gegenüber** (dh im Außenverhältnis), **nicht beschränkbar ist**.
  - Im Innenverhältnis kann die Prokura jedoch beschränkt werden.
- zB A ist Prokurist, im Dienstvertrag von A steht, dass er bei Geschäften, die ein Volumen von 50.000 Euro überschreiten, die Zustimmung des Geschäftsführers braucht.
  - Schließt A ein Geschäft iHv 100.000 ab, ohne die Zustimmung des Geschäftsführers einzuholen, so kommt das Rechtsgeschäft zustande. Die Prokura ist **nach außen eben nicht beschränkbar.**
  - So soll verhindert werden, dass sich Dritte mit internen „Machtsituationen" des Vertragspartners auseinandersetzen muss.

Stellvertreter des Unternehmers

- ermächtigt zu allen Arten von Geschäftshandlungen, die der Betrieb eines Unternehmens mit sich bringt

spezielle Vollmachten

Wozu?

= alle unternehmerischen Vollmachten, die keine Prokura sind.

Handlungsvollmacht

Widerruf

- jederzeit
- ! **ins Firmenbuch eintragen**!, da ansonsten negative Publizitätswirkung des Firmenbuches greift (§ 15 Abs 1 UGB)
  - Bsp: Zu beachten ist, dass auch bei Beendigung des Dienstverhältnisses nicht automatisch die Prokura als widerrufen gilt. Es bedarf daher eines gesonderten Widerrufsaktes. Es ist jedoch zulässig, die Prokura an das Dienstverhältnis zu koppeln, dh zu vereinbaren, dass die Prokura mit Beendigung des Dienstverhältnisses als widerrufen gilt.

Generalhandlungsvollmacht

ermächtigt zum **Betrieb eines Unternehmens**, wobei sich die Vollmacht auf **typische Geschäfte des Betriebs beschränkt** (im Unterschied zu Prokura, die auch außergewöhnliche Geschäfte umfasst).

Arthandlungsvollmacht

ermächtigt zur Vornahme einer bestimmten Art von Geschäften (zB Kellner, Kassier im Supermarkt)

Einhalhandlungsvollmacht

ermächtigt zur Vornahme einzelner Geschäfte.

- = **der in das Firmenbuch eingetragene Name eines Unternehmers, unter dem er seine Geschäfte betreibt und die Unterschrift abgibt** (vgl § 17 Abs 1 UGB)

- soll das Unternehmen individualisieren
- ermöglicht dem Unternehmer eine wirtschaftliche Wertschätzung („good will") zu erlangen und Verwechslungen im Wettbewerb auszuschließen

- Unternehmen wächst > Folge: Unternehmer weniger in der Lage alle Geschäfte abzuwickeln
- daher: Personen,
  - die ihn vertreten können,
  - ihn direkt berechtigen und
  - verpflichten können

ohne das der Unternehmer selbst tätig werden muss.

Allgemeine Regeln zur Stellvertretung nicht ausreichend.

- einfache Vollmachten sollen bedingt enden
- laufende Erneuerung der Vollmachten somit erforderlich

- kann nicht ins Firmenbuch eingetragen werden
  - (Unterschied zur Prokura)
- kann Unternehmern erteilt werden, die nicht im Firmenbuch eingetragen sind
- nach außen hin: wirksam beschränkbar <- sofern Dritte die Beschränkung kannte

www.sketchboard.io